



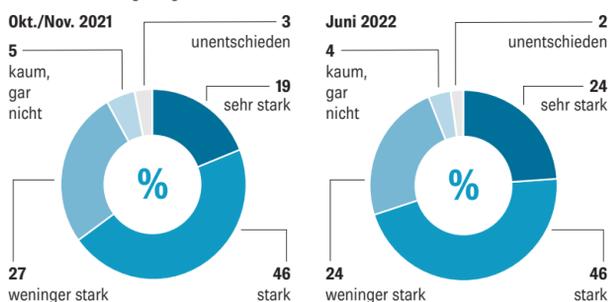
Die drastisch gestiegenen Kosten für Benzin, Strom, Lebensmittel und Heizung empfinden die baden-württembergischen Verbraucherinnen und Verbraucher als besonders belastend.

BILD: HAUKE-CHRISTIAN DITTRICH/DPA

Inflation macht große Sorgen

Nach wie vor hohe subjektive Belastung durch Preissteigerung

Die Preise in Deutschland sind ja in den letzten Monaten gestiegen. Wie sehr belasten Sie diese Preissteigerungen?



In den unteren Einkommensgruppen fühlen sich 82 Prozent von den Preissteigerungen sehr stark oder stark belastet!

Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen 6164/IV; Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

1 Zukunftssorgen

Insbesondere der Ukraine-Krieg und die Inflationssorgen beeinflussen die Stimmungslage der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg massiv. Der Zukunftsoptimismus verharrt weiterhin auf einem historischen Tiefststand. Nach wie vor sieht nur knapp jeder vierte Baden-Württemberger den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnungen entgegen, die große Mehrheit bleibt tief besorgt: Knapp jeder Dritte blickt mit ausgeprägten Befürchtungen auf die nächsten Monate, ebenso viele mit Skepsis. Damit liegt die Zuversicht in Baden-Württemberg unter dem Durchschnitt im Bundesgebiet: In einer zur gleichen Zeit durchgeführten bundesweiten Befragung waren 28 Prozent der Bevölkerung für die kommenden Monate zuversichtlich gestimmt.



auch gerade hier sparsamer zu sein und sich einzuschränken – mit Sprit sparen, weniger Restaurantbesuchen, Einschränkungen beim Kleiderkauf, Verzicht auf Reisen und dem kostenbewussten Einkaufen von Lebensmitteln. Viele drosseln ihren Stromverbrauch oder unternehmen weniger in ihrer Freizeit. Personen, die sich von den Preissteigerungen besonders stark belastet fühlen, schränken sich in allen Bereichen weit überdurchschnittlich ein. Insbesondere bei den Ausgaben für Lebensmittel und Kleidung, aber auch für Urlaube, Genussmittel und Hobbys versucht sich dieser Personenkreis überdurchschnittlich einzuschränken.

3 Mehrausgaben des Staates Bundesweite Umfragen des Allensbacher Instituts zeigen, dass die Bevölkerung infolge der Aneinanderreihung von Krisen die finanzielle Lage des Staates aktuell deutlich kritischer einschätzt als vor Ausbruch der Corona-Pandemie. Dennoch sehen die Bürger beim Staat nur geringe Einsparpotenziale.

2 Preisanstieg

Als besonders belastend empfindet die Bevölkerung die Inflation bei den Kosten für Benzin, Strom, Lebensmittel und Heizten. Entsprechend versucht ein Großteil von ihnen,

Ein Krieg im Osten Europas, große Probleme in der Energieversorgung, rasant gestiegene Preise, ein bisher ungebremster Klimawandel und schließlich der Wiederanstieg der Coronazahlen – es gibt aktuell ein ganzes Bündel von Krisen. Wie reagieren darauf die Menschen in Baden-Württemberg? Der BaWü-Check, eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach, gibt Antworten auf diese Frage. Die Untersuchung entstand im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage.

Von Rainer Pörtner

Landesweite Umfrage

■ Der BaWü-Check ist eine Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg, die das Institut für Demoskopie Allensbach durchführt.

■ In der Zeit vom 8. bis zum 14. Juni 2022 wurden in Baden-Württemberg **1068 erwachsene Personen online befragt.**

■ Die Teilnehmer erhielten eine E-Mail und konnten über einen **Link zum Fragebogen** gelangen. Dieser **umfasste 13 Fragen.** Die Teilnehmer konnten dabei vorgegebene Antworten anklicken.

■ Befragt wurden Personen ab 18 Jahren aus der deutschsprachigen Bevölkerung in Baden-Württemberg. Die **repräsentative Stichprobe** wurde durch eine nach **Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Regierungsbezirk** geschichtete Zufallsauswahl ermittelt, erklärt das Institut für Demoskopie in Allensbach. *pö*

Weiterhin nur wenig Zukunftsoptimismus

Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnung oder Befürchtung entgegen? (Angaben in Prozent)



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/IV

Im Gegenteil: Die große Mehrheit der Bevölkerung fordert von der baden-württembergischen Landesregierung in vielen Bereichen Mehrausgaben. Dies gilt insbesondere für Gesundheitseinrichtungen, Schulen, den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Ausstattung der Polizei, die Forschungsförderung, den Klimaschutz sowie für öffentliche Einrichtungen. Jeweils rund drei Viertel fordern zudem höhere Ausgaben für die Ausstattung der Polizei, für die Förderung von Forschungsvorhaben sowie für Maßnahmen zum Schutz von Klima und Umwelt.

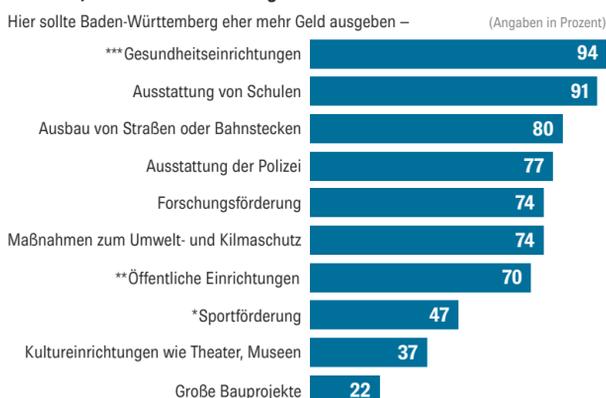
Umgekehrt gibt es nur wenige Bereiche, in denen die Bevölkerung Einsparpotenziale sieht. Am ehesten noch bei großen Bauvorhaben, bei kulturellen Einrichtungen sowie der Sportförderung. So meinen 78 Prozent, dass Baden-Württemberg bei großen Bauprojekten eher sparen sollte. 63 Prozent finden, dass auch bei Kultureinrichtungen wie Theater und Museen eher Geld gespart als ausgegeben werden sollte. Bereiche, in denen sich aus Sicht der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung Sparmaßnahmen verbieten, sind Gesundheitseinrichtungen und Schulen.

4 Viel Unmut über Bürokratie

Das Thema Bürokratieabbau ist zwar fester Bestandteil von Wahlkämpfen und Parteiprogrammen, in der politischen Praxis werden die geäußerten Forderungen jedoch nur selten konkretisiert. Die Bevölkerung würde den Abbau bürokratischer Hürden mit breiter Mehrheit unterstützen, zu groß ist der Unmut über staatliche Regelungen und Verordnungen.

Ein Bereich, in dem derzeit besonders intensiv über den Abbau staatlicher Vorgaben diskutiert wird, ist der Ausbau der Infrastruktur für die Energieversorgung. Um insbesondere die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, gibt es verschiedene Vorschläge. So wird unter anderem darüber diskutiert, Abstriche beim Natur- und Umweltschutz zu machen oder auch die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger einzuschränken. Gegenüber beiden Vorschlägen gibt es erhebliche Vorbehalte: Nur 31 Prozent würden es begrüßen, wenn es beim Klima- und Umweltschutz weniger strenge Auflagen gäbe. Ebenfalls nur 31 Prozent halten es für einen guten Vorschlag, die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger einzuschränken.

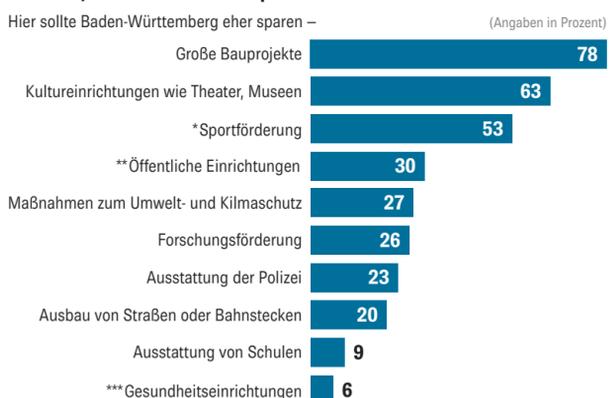
Bereiche, in denen sich die Bürger mehr staatl. Investitionen wünschen



* und Unterstützung von Sportvereinen und Sportereignissen; ** wie Schwimmbäder, Büchereien; *** wie Krankenhäuser, Sozialstationen

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/IV

Bereiche, in denen der Staat sparen sollte



* und Unterstützung von Sportvereinen und Sportereignissen; ** wie Schwimmbäder, Büchereien; *** wie Krankenhäuser, Sozialstationen

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6164/IV

Mehr Hass und Hetze

Kriminalität: Fallzahlen laut Ministerium gestiegen

Stuttgart. Die Zahl von Hassdelikten sowie von jüdenfeindlichen Straftaten in Baden-Württemberg steigt weiter an. Das Innenministerium verzeichnete im ersten Quartal 2022 verglichen mit dem Vorjahreszeitraum einen Anstieg der Fallzahlen bei der Hasskriminalität von 123 auf 144 Fälle, wie die Deutsche Presse-Agentur erfuhr. Meistens geht es um Volksverhetzungen, Gewaltdarstellungen und Beleidigungen – aber auch drei Gewaltdelikte sind darunter. Die meisten Fälle werden dem politisch rechten Spektrum zugeordnet. 36 Fälle wurden im Internet verübt. Ein Trend für das Gesamtjahr 2022 lasse sich aus den Fallzahlen bislang noch nicht ableiten, hieß es aus dem Ministerium.

Auch gegen Jüdinnen und Juden gerichtete Hasskriminalität hat zuletzt zugenommen. Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der antisemitisch motivierten Straftaten im Südwesten von 228 (2020) auf 337 – ein Zuwachs von fast 50 Prozent. Im ersten Quartal 2022 wurden 59 antisemitische Straftaten verzeichnet, im ersten Quartal 2021 waren es 55. *Isu*

Polizei schert bei Studie aus

Extremismus: Keine Teilnahme an bundesweiter Befragung

Stuttgart. Die Polizei in Baden-Württemberg schert aus und boykottiert eine bundesweite Studie zu Erfahrungen und Einstellungen von Polizeibeamten. Nach einem Veto des Hauptpersonalrats wird ein Online-Fragebogen der Deutschen Hochschule der Polizei zunächst nicht an die Dienststellen verteilt, obwohl Innenminister Thomas Strobl (CDU) und Polizeipräsidentin Stefanie Hinz für eine Teilnahme geworben hatten. Ministerpräsident Winfried Kretschmann will das nicht einfach so hinnehmen. „Wir wollen, dass diese Studie gemacht wird“, sagte der Grüne. Er werde klären lassen, ob der Hauptpersonalrat überhaupt die Möglichkeit habe, die Teilnahme der Beschäftigten der Polizei an der Studie zu blockieren. „Das kann ich mir nicht vorstellen“, sagte Kretschmann.

Die Studie geht auf den früheren Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) zurück, der damit auf Forderungen reagierte, möglichen Rassismus und Rechtslastigkeit in der Polizei zu untersuchen. Die Untersuchung wurde dann aber deutlich breiter angelegt. *Isu*

Feldmann gibt Amt ab

Awo-Affäre: Frankfurter OB will Ende Januar 2023 aufhören

Frankfurt. Der Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann hat seinen Rückzug für Anfang 2023 angekündigt. Er werde im kommenden Januar beantragen, seine Amtszeit zum Monatsende zu beenden, teilte er wegen Korruptionsverdachts angeklagte SPD-Politiker am Dienstag in Frankfurt mit.

„Damit möchte ich der Stadt Frankfurt ein quälendes und teures Abwahlverfahren ersparen – und die Gelegenheit nutzen, meine Amtsgeschäfte nach nunmehr über zehn Jahren zu einem ordentlichen Abschluss zu bringen. Ich werde ein geordnetes Haus übergeben“, erklärte er. Feldmann war erstmals 2012 zum Oberbürgermeister der größten hessischen Stadt gewählt und 2018 für weitere sechs Jahre in seinem Amt bestätigt worden.

Der 63-Jährige ist im Zusammenhang mit der Awo-Affäre angeklagt und war zudem in den vergangenen Wochen durch weitere Vergünstigungen ausgefallen. Zuletzt hatte sogar Feldmanns eigene Partei, die SPD, seinen Rücktritt gefordert. *lhe*